Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/4240

28. 03. 96

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr (15. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Horst Kubatschka, Brunhilde Irber, Robert Leidinger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/1390 –

Ökologisch verantwortlicher Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen

und zu dem Antrag der Abgeordneten Albert Schmidt (Hitzhofen), Halo Saibold, Gila Altmann (Aurich), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/2435 –

Erhalt der freifließenden Donau zwischen Straubing und Vilshofen

A. Problem

Die Binnenschiffahrt muß nach Ansicht des Antrags der Fraktion der SPD in strenger Beachtung der Umwelt- und Naturverträglichkeit genutzt werden. Der geplante Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen muß daher den ökologischen Wert des Flusses als natürlichen Lebensraum für eine Vielfalt von Pflanzen und Tieren sowie seine Aufgabe als Grundwasser- und Trinkwasserspender sichern. Nötig sind ein Bericht über die Engstellen der Wasserstraße sowie eine Expertenanhörung über die Möglichkeiten und Grenzen einer natur- und landschaftsorientierten Flußregulierung, eine Kosten-Nutzen-Analyse für den geplanten Ausbau unter Einbeziehung von Alternativen, der Verzicht auf den Donauausbau für Viererschubverbände, die Entwicklung flachgehender Schiffe und die zeitweise Aussetzung des Raumordnungsverfahrens.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert den Erhalt des gesamten Ökosystems „freifließende Donau", den Verzicht auf Staustufen zwischen Straubing und Vilshofen sowie auf den Bau eines Seitenkanals, einen Ausbau der Schiffahrtsrinne von maximal 2,50 m Tiefe und 70 m Breite und Stopp des laufenden Raumordnungsverfahrens und Eröffnung eines neuen Verfahrens auf der Basis verschiedener Alternativen.

B. Lösung

Der Ausschuß empfiehlt die Ablehnung beider Anträge.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Annahme der Anträge.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 13/1390 – und den Antrag – Drucksache 13/2435 – abzulehnen.

Bonn, den 25. März 1996

Der Ausschuß für Verkehr

Dr. Dionys Jobst Vorsitzender

Horst Friedrich Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Horst Friedrich

1. Der Deutsche Bundestag hat die Anträge auf den Drucksachen 13/1390 und 13/2435 in seiner 58. Sitzung am 28. September 1995 federführend an den Ausschuß für Verkehr und zur Mitberatung an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie an den Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus überwiesen.

   Der Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus hat in seiner Sitzung am 29. November 1995 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Mitglieds der Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag auf Drucksache 13/1390 abzulehnen, und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimme des Mitglieds der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung des Mitglieds der Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag auf Drucksache 13/2435 abzulehnen.

   Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner Sitzung am 31. Januar 1996 die Anträge ebenfalls abgelehnt.

   Der Ausschuß für Verkehr hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 1995 die Anträge vertagt und in seiner Sitzung am 31. Januar 1996 abschließend beraten. Der Antrag auf Drucksache 13/1390 wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS abgelehnt. Der Antrag auf Drucksache 13/2435 wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. sowie eines Abgeordneten der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Enthaltung der übrigen Abgeordneten der Fraktion der SPD abgelehnt.

2. Der Antrag auf Drucksache 13/1390 fordert, daß die Vorteile der Binnenschiffahrt unter strenger Beachtung der Umwelt- und Naturverträglichkeit genutzt werden. Der geplante Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen müsse daher den wirksamen Schutz des Flusses als natürlichen Lebensraum für eine Vielfalt von Pflanzen und Tieren sowie seine Aufgabe als Grundwasser- und Trinkwasserspender sichern. Die bisher geplanten Ausbaumaßnahmen würden aber dieser Forderung nach einer natur- und landschaftsorientierten Flußregelung nicht gerecht. Zudem müsse der Charakter eines Fließgewässers für die Donau erhalten bleiben.

   Der Antrag fordert, einen Bericht vorzulegen, in dem alle Engstellen der gesamten Wasserstraße untersucht werden und darzulegen sei, wie ein umweltverträglicher und wirtschaftlicher Ausbau erfolgen könne. Dazu sei eine Expertenanhörung durchzuführen, die auch die Möglichkeiten und Grenzen einer natur- und landschaftsorientierten Flußregelung abschätze. Eine Kosten-Nutzen-Analyse für den geplanten Ausbau solle die Alternativen von Prof. Harald Ogris einbeziehen. Auf den Ausbau der Donau für Viererschubverbände sei zu verzichten, und die Entwicklung flachgehender Schiffe sei zu forcieren. Aus diesen Grün-

den solle das ruhende Raumordnungsverfahren ausgesetzt bleiben.

3. Der Antrag auf Drucksache 13/2435 fordert die Bundesregierung auf, den Erhalt des gesamten Ökosystems „freifließende Donau" als absolut prioritäre Zielsetzung zu beachten. Daher sei auf einen Ausbau mit Staustufen und auf den Bau eines Seitenkanals zu verzichten und der Ausbau insgesamt zu beschränken. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß das laufende Raumordnungsverfahren gestoppt wird und ein neues Verfahren auf der Basis flußtechnischer Alternativen eingeleitet wird.

4. Die Ausschußmehrheit verwies darauf, daß die sog. Ogris-Methode bisher nicht erprobt sei und daher von Experten abgelehnt werde. Es sei nahezu einhellige Meinung aller Beteiligten, daß der geplante Ausbau der Donau notwendig sei, um damit eine Lücke zu schließen. Bei seiner Ablehnung sei der Rhein-Main-Donau-Kanal nahezu umsonst gewesen. Man halte zwar einen Donauausbau für erforderlich, sei aber, wenn möglich, mit einer ökologisch verträglicheren Lösung einverstanden. Eine ganzjährige Befahrbarkeit des Flusses müsse aber gewährleistet werden.

5. Von seiten der Fraktion der SPD wurden zwar einige Gemeinsamkeiten mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hervorgehoben, aber die dort vorgeschlagenen Ausbauziele seien nicht akzeptabel, da u. a. der Begegnungsverkehr zu stark erschwert würde.

   Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärte, ihr Ziel sei nicht, den Donauausbau zu verhindern, sondern lediglich, bestimmte Ausbauziele festzulegen. Die vorgeschlagene Flußbreite sei eine Anpassung an österreichische Standards. Schließlich handele es sich bei dem Abschnitt der Donau zwischen Straubing und Vilshofen um den letzten Abschnitt der freifließenden Donau.

Bonn, den 25. März 1996

Horst Friedrich

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333